

Ribot, Henri

Article — Digitized Version

Um eine deutsch-französische Zusammenarbeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ribot, Henri (1949) : Um eine deutsch-französische Zusammenarbeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 4, pp. 27-30

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130928>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

U M S C H A U

Um eine deutsch-französische Zusammenarbeit

DR. JUR. HENRI RIBOT

Paris 2^e, den 19. Juli 1949
19, Boulevard Montmartre
Tél.: Richelieu 13-35

Sehr geehrter Herr Berghändler!

Ihr Schreiben vom 15. 7., für das ich Ihnen bestens danke, ist heute vormittag hier eingegangen und hat sich also mit meinem gestrigen Brief an Herrn Dr. Kapferer gekreuzt. Ich will Ihnen heute einige ausführliche Ausführungen über die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland machen und hoffe, daß ich damit gewissermaßen Ihren Wünschen entgegen komme, indem ich auf die von Ihnen erwähnten Probleme eingehe.

Schon in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen hatte es sich herausgestellt, daß eine Reihe von Faktoren einer Intensivierung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen entgegenstanden, und es wird nötig sein, diese Faktoren kurz zu analysieren, wenn man sich darüber klar werden will, wie diese Hemmungen für die Zukunft überwunden werden können.

Zu diesen Hemmungen gehörte in erster Linie die mit dem Jahre 1918 einsetzende Tendenz Frankreichs, seine eigene industrielle Entwicklung forciert in die Höhe zu treiben. Gewiß bot Frankreich dadurch auch für bestimmte Zweige der deutschen Industrie ein erweitertes Absatzfeld. Aber es setzte damit auch eine gewisse Verstärkung protektionistischer Tendenzen in der französischen Wirtschaft ein, die dem Warenaustausch zwischen den beiden Ländern abträglich sein mußte. Andererseits führte die Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen des französischen Mutterlandes zu den überseeischen Teilen seiner Union zu einer teilweisen Vernachlässigung des Außenhandels mit anderen Gebieten. Und schließlich erhielt auch die finanzpolitische Betätigung der französischen Wirtschaft in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg eine Orientierung, die nicht von ökonomischen, sondern von politischen Faktoren diktiert war. Das außenpolitische System der französischen Republik verstärkte den Kapitalstrom nach den im Versailler Vertrag und seinen Parallelverträgen neugeschaffenen Staatsgebilden und schwächte damit den Zustrom des an und für sich damals reichlich vorhandenen französischen Kapitals nach dem deutschen Kapitalmarkt.

Jetzt nach dem zweiten Weltkrieg liegen die Dinge erheblich anders: zwar hält die Industrialisierung Frankreichs an und muß sich in den kommenden Jahren weiter verstärken. Sie führt jedoch zu einer

Bedarfssteigerung an Gütern, die Frankreich nicht selbst produzieren kann, und zwingt damit zu einer Intensivierung des französischen Exports.

Was die zweite der von uns erwähnten Hemmungen betrifft, so erhöht der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und seiner Übersee-Union heute die Möglichkeiten eines Güterausstausches mit Deutschland statt sie, wie früher, zu vermindern. Denn jetzt, wo immerhin ein Großteil der technischen Voraussetzungen in französisch Übersee geschaffen worden ist, kann an die Urbarmachung und wirtschaftliche Ausnutzung von Gegenden herangegangen werden, die früher der Entwicklung verschlossen blieben. Damit ergeben sich nicht nur neue Absatzmöglichkeiten für die deutsche Produktion, sondern es eröffnen sich vor allem auch Zielpunkte für die Abwanderung überschüssiger Bevölkerungsteile aus Deutschland, wie sie in ähnlichem Ausmaß noch nie vorhanden gewesen waren.

Eine völlig veränderte Lage ergibt sich schließlich hinsichtlich der finanzpolitischen Aktivität der Franzosen. Gewiß verfügt der französische Kapitalmarkt heute nicht mehr über die gleichen Reserven wie nach dem ersten Weltkrieg, gewiß hat Frankreich die größte Mühe, auch nur die für seine eigene industrielle Ausstattung notwendigen Investierungsbeträge freimachen zu können, aber gerade im Rahmen der internationalen Organisation stellt Paris nach wie vor einen Magnetkern dar, der inländisches und ausländisches Kapital an sich zieht und damit auch für Auslandsinvestitionen früher oder später wieder große und größte Beträge freimachen wird. Während politische Erwägungen in den Jahren von 1918—1939 diese in Frankreich verfügbar werdenden Kapitalien nach dem Osten und Südosten Europas drängten, wird dieses Mal die Abschnürung von den Ländern jenseits des eisernen Vorhangs den Kapitalmarkt Frankreichs Anlagemöglichkeiten in nächster Nähe und damit in erster Linie in Deutschland suchen lassen.

VORARBEITEN UND HINDERNISSE

Es läßt sich schwer sagen, ob und wie weit die handelspolitische Bevormundung Westdeutschlands durch die Alliierten seit 1945 die Wiederanbahnung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen erleichtert oder erschwert hat. Eine Erschwerung bedeutete

sie zweifellos insofern, als die Unselbständigkeit der Interessenvertretung von deutscher Seite vielleicht nicht immer allen Momenten Rechnung tragen ließ, die die deutsche Industrie in den Vordergrund der Verhandlungen hätte stellen wollen. Aber auf der anderen Seite darf es füglich bezweifelt werden, ob selbständige deutsche Interessenvertreter in der Verhandlung mit anderen Nationen im allgemeinen und mit Frankreich im besonderen soviel hätten erreichen können, wie die alliierten Unterhändler dies im Namen Deutschlands erreicht haben. So bedeutete der am 16. März 1948 zwischen Frankreich und den Gebieten der Trizone abgeschlossene vorläufige Handelsvertrag immerhin einen gewaltigen Fortschritt, selbst wenn er noch unvollkommen war. Vor allem darf man die Tatsache seines Vorhandenseins in ihren psychologischen Auswirkungen nicht unterschätzen.

Denn gerade in den Kreisen der französischen Wirtschaft ließ sich vom Zeitpunkt des Abschlusses dieses Handelsvertrages an eine unverkennbare Steigerung des Interesses an den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen in der öffentlichen Meinung Frankreichs feststellen. Diese Steigerung fand nicht nur ihren Ausdruck in der Tatsache, daß die Tages- und Fachpresse den Entwicklungen in Deutschland vermehrte Aufmerksamkeit zuwandte, sondern man konnte auch in Gesprächen mit Industriellen und Kaufleuten beobachten, daß man sich allmählich der Notwendigkeit bewußt wurde, zu einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu gelangen, und daß man anfang einzusehen, daß eine Verschmelzung der deutsch-französischen Wirtschaftsräume den besten Kristallisationskern für den Neubau Europas darstellen würde.

Freilich sind bei einer solchen Entwicklung psychologische Schwierigkeiten ernster Art zu überwinden, denn so sehr der Wirtschaftler in Frankreich wie überall in der Welt von materiellen und realistischen Grundgedanken ausgeht, so sehr ist seine Haltung Deutschland gegenüber doch noch vielfach durch Ressentiments belastet, und wenn man von deutscher Seite diese Ressentiments überwinden will, so wird es unvermeidlich sein, mit sehr viel Takt vorzugehen, an dem man es in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen — und nicht erst nach Hitlers Machtantritt — oft hatte fehlen lassen.

Immerhin sieht man heute auch in Frankreich ein, daß diese Gesichtspunkte in den Hintergrund treten müssen und daß an die Stelle gefühlsbelasteter Vorurteile und an die Stelle politischer Hemmungen wirtschaftliche Erwägungen zu treten haben, die eine Verstärkung der wirtschaftlichen Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich ratsam, ja sogar notwendig erscheinen lassen.

Nebenbei sei bemerkt, daß die damit erfolgte Umstellung der wirtschaftspsychologischen Haltung der Franzosen Hand in Hand gegangen ist mit einer Verstärkung des französischen Interesses an Deutschland auch auf geistigem Gebiet. Man kann in dieser Hinsicht an Gruppierungen erinnern wie sie im „Comité pour les échanges franco-allemands“ und im

„Groupe d'études allemandes“ entstanden sind, Gruppierungen, die die deutsch-französischen Probleme unbeeinflusst von wirtschaftlichen Interessen und von politischen Vorurteilen zu analysieren suchen. Diese Analyse ist um so schwieriger, als es sich herausgestellt hat, daß es nicht ein einheitliches deutsches Problem für den Franzosen gibt, sondern daß eine Vielzahl und Vielfältigkeit von Problemen sich stellen, je nachdem unter welchem Gesichtspunkt man die Menschen in Deutschland und damit die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland betrachtet.

Das Umsichgreifen des europäischen Föderalismus und des Gedankens der Weltregierung hat dieser Erkenntnis auch in Paris sicherlich die Wege geebnet, und man erkennt jetzt deutlich, daß sich das deutsche Problem oder die deutschen Probleme nur im Rahmen von Weltlösungen oder mindestens von europäischen Lösungen verstehen und bewältigen lassen. Eine solche Einstellung, die beispielsweise auch in den erfreulichen Erklärungen des Präsidenten der französischen Arbeitgeberverbände VILLIERS in Caux über die Zusammenarbeit zwischen der französischen und der deutschen Industrie ihren Ausdruck gefunden hat, bleibt allerdings nicht immer unwidersprochen. So muß daran erinnert werden, daß andere französische Industrielle und zwar in erster Linie Vertreter der Aluminium-, der Stahl- und der elektrotechnischen Industrie gerade in der jüngsten Zeit wieder von der deutschen Konkurrenzgefahr gewarnt haben und daß ihre Warnung auch in der französischen Wirtschaftspresse ein gewisses Echo gefunden hat. Dabei handelt es sich nicht einfach um Manöver der Konkurrenzangst. Trotz des in manchen Kreisen immer deutlicher werdenden Wunsches nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den beiden Nachbarländern ließ sich von Zeit zu Zeit immer wieder eine gewisse Ernüchterung feststellen. Diese Ernüchterung hat eingesetzt, als ADENAUER's Rede in Frankreich bekannt wurde, in der er erklärte, nicht das deutsche Volk, sondern die deutsche Armee sei besiegt worden, und alle nach dieser Rede veröffentlichten Dementis haben die geradezu katastrophale psychologische Wirkung der ersten Meldung über seine Ausführungen nicht wiedergutzumachen vermocht.

Dazu kommt, daß die Vorbereitungen auf die deutschen Parlamentswahlen die prominenten Vertreter der deutschen Parteien zu Kundgebungen und Reden veranlaßt haben, in denen die französische Öffentlichkeit einen wiedererwachenden deutschen Nationalismus feststellen zu müssen glaubt, ein Vorwurf, den man nicht zuletzt SCHUMACHER gegenüber erhebt.

Man weiß zwar, daß diese Äußerungen teilweise durch den innerpolitischen Konkurrenzkampf der Parteien bestimmt sind und sich mehr an die öffentliche Meinung in Deutschland als an die in Frankreich richten. Leute wie Otto STRASSER nimmt man nicht ernst, aber wenn es heute in Deutschland wieder zu politischen Gebilden kommt, wie sie die jüngste Godesberger Konferenz zutage gebracht hat, wern heute ein General REMER wieder eine politische

Rolle spielen kann, wenn heute ein General HALDER den Versuch unternehmen kann, den deutschen Generalstab reinzuwaschen und die Schuld an Deutschlands Unglück nur in Hitlers militärischem Versagen erblickt, dann sind das Dinge, die die Franzosen am guten Willen Deutschlands zweifeln und verzweifeln lassen. Sie sind der Auffassung, daß die deutschen Parteipolitiker bei ihren Äußerungen erheblich vorsichtiger sein müßten und bedenken sollten, daß für jede Wählerstimme, die eine Partei auf solche Weise in Deutschland gewinnt, Deutschland als Ganzes eine Anzahl von Freunden im Ausland verliert.

Wenn dies schon in anderen Ländern zutrifft, so gilt es sicher ganz besonders in Frankreich, wo bei allem guten Willen zur Verständigung nicht übersehen werden darf, daß die Wunden, die die letzten Jahre geschlagen haben, noch erst nur oberflächlich vernarbt und keinesfalls verheilt sind.

Der politische Nationalismus ist eine unbestreitbare Gefahr für alle Bemühungen um die Verständigung, also auch für die um die wirtschaftliche Verständigung. Man bekommt von Franzosen immer und immer wieder gesagt, die deutschen Politiker dürften nicht glauben, daß es genüge, wenn sie keine Nationalsozialisten waren. Denn die Franzosen verurteilen den deutschen Nationalismus nicht nur in der Form des Hitlerismus, sie verdammen ihn in jeder Form.

DIE GRUNDUNG DER AFREA

Wenn man sich alle die Schwierigkeiten klarmacht, die einer Wirtschaftsverständigung zwischen den beiden Ländern im Wege stehen, so wirkt die jüngste Etappe, die diese Annäherung erreicht hat, um so beachtlicher. Denn am 6. Juli 1949 ist nach langen Vorbereitungen eine Organisation an die Öffentlichkeit getreten, die berufen sein wird, in Zukunft die Rolle einer französischen Handelskammer für Deutschland zu spielen. Diese Organisation, die den Namen AFREA — Association Française pour les Relations Economiques avec l'Allemagne (Vereinigung für die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland) — angenommen hat, konnte ihre erste Kundgebung in einem Rahmen und unter einem Aufgebot offizieller Persönlichkeiten veranstalten, wie dies bisher selten oder nie der Fall gewesen war. Zwar war ein solcher Versuch bereits vor längerer Zeit in Gestalt der ACIA (Association des Commerçants et Industriels Français en Allemagne) unternommen worden, aber er war an der Tatsache gescheitert, daß man sich offensichtlich auf eine zu wenig breite Schicht der französischen Wirtschaft gestützt hatte. Jetzt ist es den Promotoren des Gedankens eines systematischen Ausbaues der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland in Gestalt der neuen Organisation zweifellos gelungen, diese notwendige breitere Grundlage zu schaffen.

Denn in der Tat stützt sich die neue Vereinigung auf die Patenschaft der beiden repräsentativsten Formationen von Handel und Industrie in Frankreich, nämlich auf die Vereinigung der französischen Handelskammer mit dem Präsidenten der Pariser Handelskammer M. CUSENIER an der Spitze und auf den

„Conseil National du Patronat Français“ mit M. VILLIERS als Präsidenten. Zu diesen beiden Patenorganisationen tritt noch weiter die „Confédération Générale de l'Agriculture“ (Bund der französischen Landwirte) sowie die „Fédération Nationale des petites et moyennes entreprises“, deren Präsident MILLOT Generalsekretär der AFREA geworden ist. Damit scheint eine Mischung der diese Organisation stützenden Elemente gegeben zu sein, die einige Gewähr dafür bieten kann, die neue Vereinigung in objektiver Weise als Vertreter der Gesamtheit der wirtschaftlichen Deutschland-Interessen Frankreichs anzusprechen.

Aber was für den Einfluß des neuen Organismus auf die künftige Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen noch maßgebender werden muß, ist die Tatsache, daß die AFREA es offensichtlich bereits im Vorstadium ihrer Gründung verstanden hat, sich das Verständnis und Wohlwollen und damit zweifellos auch die Unterstützung der französischen Regierung zu sichern.

Diese Tatsache kam deutlich dadurch zum Ausdruck, daß bei der ersten großen Veranstaltung, mit der die neugeschaffene Organisation den Kaufleuten und Industriellen Frankreichs vorgestellt wurde, nicht weniger als vier Kabinettsmitglieder am Präsidialtisch Platz nahmen (und zwar: Außenminister Robert SCHUMANN, begleitet vom Industrie- und Handelsminister Robert LACOSTE, vom Staatssekretär für Handel Jules JULIEN und vom Staatssekretär für Wirtschaftsangelegenheiten Antoine PINAY). Auch der neue französische Hohe Kommissar für Deutschland, Botschafter FRANCOIS-PONCET, hatte es sich nicht nehmen lassen, durch seine Anwesenheit die Bedeutung zu unterstreichen, die er der Neugründung im Interesse der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen beilegt. Im übrigen waren Landwirtschaftsminister PELIMLIN und der Gesundheitsminister SCHNEITER durch hohe Beamte ihrer Ressorts vertreten.

Den Vorsitz dieser ersten Kundgebung der AFREA führte Außenminister SCHUMANN, und wenn es gerade der Chef des Quai d'Orsay und nicht der Wirtschaftsminister war, der diese Aufgabe übernommen hatte, so kommt darin deutlich zum Ausdruck, wie sehr man sich in französischen Regierungskreisen der Tatsache bewußt ist, daß der Ausbau der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen über das Ökonomische hinaus hochpolitische Aspekte hat, und Minister SCHUMANN unterstrich denn auch in seiner Einführungsrede, wie schwierig — gerade aus politischen Gründen — die Probleme sind, mit denen sich die neugegründete Organisation zu befassen hat.

Die Rede, die der französische Außenminister bei dieser Gelegenheit hielt, kann trotz aller Vorbehalte, die der für die Außenpolitik verantwortliche Mann Frankreichs in diesem Zusammenhang machte, von jedem, der von der Notwendigkeit einer Verständigung zwischen den beiden Völkern überzeugt ist, nur als günstigstes Vorzeichen bewertet werden. Kam doch in ihr deutlich zum Ausdruck, daß Frankreich ent-

geschlossen ist, im parallelen Handeln mit seinen Alliierten Deutschland allmählich wieder Bewegungsfreiheit und damit auch die Verantwortung zu überlassen, die es zu einer Eingliederung in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft unbedingt braucht. SCHUMANN wies allerdings auch darauf hin, daß ein solcher Fortschritt in der Entwicklung von Frankreich nicht schlagartig mit einem Mal eingeräumt werden kann, sondern daß sich diese Entwicklung stufenweise vollziehen muß.

Daß diese Entwicklung notwendig ist — und das ist ein Gesichtspunkt, den SCHUMANN besonders unterstrich — ergibt sich aus der Tatsache, daß eine harmonische gegenseitige Abstimmung der Wirtschaften der beiden Länder den Kristallisationskern für die europäische Wirtschafts-Union darstellen muß und daß ohne diesen Kristallisationskern ein solches Gebilde sich überhaupt nicht verwirklichen läßt. Gewiß könnten sich die französischen Wirtschaftler der Tatsache nicht verschließen, daß die deutschen Unternehmungen neuen Aufschwung bekommen, aber es sei dies eine Tatsache, auf die sich Frankreich einstellen müsse und die sich nicht einfach als eine Konkurrenzgefahr abtun lasse. Und mit erhobener Stimme führte Minister SCHUMANN aus, daß die französische Regierung weder zum Ziel habe, noch sich das Recht zuerkenne, die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland aus bloßen Gründen des Konkurrenzkampfes zu beschränken, soweit solche Beschränkungen notwendig seien, beruhen sie ausschließlich auf den Erfordernissen der internationalen Sicherheit.

Die Erfahrung habe aber gelehrt, daß zur Erreichung der internationalen Sicherheit der Zwang auf die Dauer nicht genüge. Wenn Frankreich heute daran mitzuarbeiten bereit sei, Deutschland in ein neues Europa einzugliedern, in ein Europa, wo es seinen naturgegebenen Platz finden müsse, dann wolle es dies zwar nur mit größter Umsicht geschehen lassen, aber es sei sich auch darüber klar — und damit schließen die Ausführungen Robert SCHUMANN's — daß heute eine ungewöhnliche Chance bestehe, die Entwicklung in einem Deutschland zu beeinflussen, das sich in der Vergangenheit nur zu oft Frankreich gegenüber feindlich gezeigt habe. Es wäre unverzeihlich, eine solche Chance nicht auszunutzen.

Es schloß sich eine kurze Diskussion zwischen den Teilnehmern und Außenminister SCHUMANN an, und in dieser Diskussion kamen eine Anzahl von Bedenken und kritischen Gesichtspunkten zur Sprache. Insbesondere unterstrich ein Vertreter der französischen Exportwirtschaft die Schwierigkeiten, die sich in den bisherigen Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland dadurch ergeben hatten, daß

die angelsächsischen Vertreter, die im Namen Westdeutschlands bisher mit Frankreich verhandelt haben, unter dem Druck der englischen Wirtschaftspolitik auf Diskriminierung zwischen „essentials und non essentials“ beharrt haben. Dabei wurde die Tatsache in den Vordergrund gestellt, daß gerade die traditionsmäßigen Exportindustrien Frankreichs darauf angewiesen sind, in Deutschland ihre Absatzmöglichkeiten auszunutzen, daß aber eine solche Ausnutzung nur dann möglich ist, wenn diejenigen Güter, die von protektionistischen Wirtschaftspolitikern als „non essential“ gebrandmarkt werden, mit völliger Gleichberechtigung abgesetzt werden können.

Einen anderen Diskussionspunkt bildete das Konkurrenzproblem zwischen der französischen und der deutschen Wirtschaft, das durch einen Vertreter der mechanischen Industrie angedeutet wurde. Dieser warnte vor der Gefahr eines deutschen dumpings, und wenn auch Minister SCHUMANN die Befürchtungen des Interpellanten beruhigte, so zeigte gerade diese Intervention, mit wie starken Vorbehalten die Förderer der deutsch-französischen Wirtschaftsannäherung mindestens in einem Teil der französischen Industrie noch zu rechnen haben.

Schließlich kam als dritter Diskussionspunkt die Frage der zwischenstaatlichen Industrievereinbarungen zur Erörterung, bei der Außenminister SCHUMANN darauf hinweisen konnte, daß es sich hier nicht um ein typisch französisch-deutsches, sondern um ein allgemein internationales Problem handele.

Alles in allem können die Veranstalter dieser ersten Kundgebung der AFREA zweifellos auf die Zusammenkunft mit großer Befriedigung zurückschauen, aber es fragt sich natürlich, wie weit das ganz zweifellos gezeigte Interesse der Anwesenden nur aus dem Wunsch nach Information und wie weit es aus Zustimmung zum Prinzip der Annäherung zwischen den beiden Ländern erklärt wird. Ob sich ein solches Interesse in eine Zustimmung im Ganzen verwandeln können, muß sich in der Zukunft zeigen, und es ist dies ein Problem, das nicht zuletzt davon abhängen wird, welchen Kurs die führenden Männer der AFREA auf die Dauer nehmen werden.

Am guten Willen der französischen Regierung, diejenigen Kreise in Frankreich zu stützen, die auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland Wert legen, kann heute nicht mehr gezweifelt werden. Denn sie hat ihn durch die Form, in der sie der AFREA bei ihrem ersten öffentlichen Auftreten eine Art von offiziellem Mandat zur Wahrnehmung der französischen Gemeinschaftsinteressen in Deutschland anvertraut hat, eindeutig bekundet.

Ich erwarte mit Interesse Ihre baldige freundliche
Rückäußerung und begrüße Sie inzwischen
mit vorzüglicher Hochachtung

